

Blockade gegen Kuba aufheben, jetzt!

Michael M. Thoss, Andreas Baesler, Ulrike Dorf Müller, Katrin Hansing, Rainer Schultz


Wir, die Initiatoren einer Petition für das Ende der Blockade gegen Kuba, leben und arbeiten seit Jahren als Kulturschaffende und Wissenschaftler in Havanna. Der Grund für unseren Appell, der von 60 Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft unterstützt wird, ist die zunehmende Disparität zwischen unserer gelebten Alltagsrealität auf Kuba und der medialen sowie politischen Wahrnehmung Kubas in Deutschland.

Das Leben auf der größten Karibikinsel wird seit 60 Jahren durch das völkerrechtswidrige US-Embargo geprägt, das die kubanische Seite zu Recht „El Bloqueo“ nennt, weil sich ihm mittlerweile immer mehr Banken, Dienstleister und Unternehmen aus der ganzen Welt unterworfen haben – aus Angst, den US-Markt zu verlieren oder dort verklagt zu werden. Zur Erinnerung: Ein erstes Embargo für kubanische Produkte wurde im Oktober 1960 von Präsident Eisenhower verfügt, nachdem Fidel Castro die Raffinerien von Standard Oil verstaatlicht hatte, die sich weigerten, sowjetisches Öl zu raffinieren. Nach der gescheiterten Invasion in der Schweinebucht im April 1961 baute John F. Kennedy seine Blockadepolitik zu einem allumfassenden Finanz-, Handels- und Wirtschaftsembargo aus. Obwohl darin der Handel mit Nahrungsmitteln und medizinischen Gütern nicht explizit verboten ist, wird er de facto durch ein kompliziertes Antragsverfahren und politischen Druck verhindert.

Nach der Entspannungspolitik von Präsident Obama machte die Trump-Administration seit 2017 systematisch alle Lockerungen des Embargos rückgängig und verschärfte dieses. Allein 2019 kamen 72 neue Sanktionen hinzu, unter denen die kubanische Bevölkerung leidet. Die Konsequenzen daraus sind fatal und für alle Seiten kontraproduktiv: So haben fast alle deutschen und europäischen Banken ihren Zahlungsverkehr mit Kuba eingestellt. Auch während der Coronakrise ließ die US-Regierung nichts unversucht, um die Lebenssituation der kubanischen Bevölkerung zu erschweren. Monatelang konnten in der Schweiz gespendete Beatmungsgeräte nicht nach Kuba geschafft werden, weil sich Fluglinien und Reeder weigerten, diese zu transportieren. Die beiden Herstellerfirmen, die den Inselstaat jahrelang mit den lebensrettenden Geräten beliefert hatten, waren vom US-Unternehmen

Vyair Medical Inc. aufgekauft worden, das die Geschäftsbeziehungen zu Kuba sofort abbrach. Als das von europäischen Touristen eingeschleppte Coronavirus auf der Insel wütete, schrieb das kubanische Gesundheitsministerium 60 US-Firmen an, um Medizin und Hygieneartikel zu kaufen. Zwei lehnten ab, die anderen antworteten nicht einmal. Doch damit nicht genug: Ein im Hafen von Havanna ankerndes Schiff mit zwei Containern medizinischen Rohstoffen, die dringend für die Medikamentenherstellung von FarmaCuba benötigt wurden, musste auf Druck der Trump-Administration mit ungelöschter Fracht den Rückweg antreten.

Dieses empörend inhumane und völkerrechtswidrige Verhalten der jetzigen US-Regierung gegenüber Kuba findet in deutschen und den meisten internationalen Medien leider kaum Widerhall. Stattdessen darf Außenminister Pompeo Kuba unwidersprochen des „Menschenhandels“ anklagen und das Land auf eine schwarze Liste setzen, weil es mit rund 37.000 Medizinern weltweit 60 Länder in der Gesundheitsfürsorge und Seuchenbekämpfung unterstützt. Nach einem Gesetzesentwurf plant die US-Regierung jetzt, Länder zu bestrafen, die medizinische Dienstleistungen aus Kuba in Anspruch nehmen. Es ist die wichtigste Devisenquelle, die dem Land nach dem Wegfall des Tourismus und der Beschränkung der Geldüberweisungen aus den USA noch bleibt.

Obwohl die Bundesregierung gemeinsam mit der EU und der UNO-Vollversammlung das US-Embargo seit vielen Jahren als völkerrechtswidrig verurteilt, hatte dies keinerlei Folgen. Im Gegenteil: BMZ-Minister Gerd Müller möchte die Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba streichen und deutsche Unternehmen ziehen sich angesichts von Prozessandrohungen aus den USA und mangelnder Protektion durch die EU zurück. Mit unserer Petition möchten wir die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dazu aufrufen, ihren Worten endlich Taten folgen zu lassen. Das heißt: die europäische Wirtschaft und Wissenschaft vor US-Sanktionen zu schützen und Kuba einen freien Handel und Austausch mit der Welt zu ermöglichen. 

Der Link zur Petition:

<https://www.change.org/p/bundesregierung-deutschland-mit-europa-f%C3%BCr-ein-ende-der-blockade-gegen-kuba-ccf890ce-32b7-4a18-bd19-3fac6403a029>